

Bezirksgemeinde

Initianten finden Haltung des Rats suspekt

Die Pluralinitiative *Südfahrt PLUS* wurde am Montagabend von der Bezirksgemeinde an die Urnenabstimmung überwiesen. Zuvor sagten die Initianten dem Bezirksrat jedoch deutlich die Meinung.

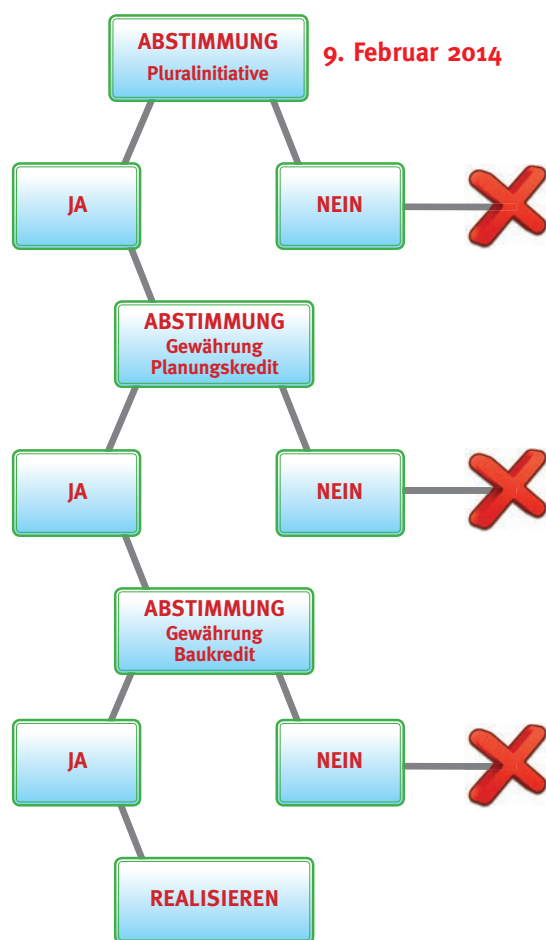
Von Olivia Bryner

«Den Initianten ist es beinahe peinlich, die Bezirksbehörde so kritisieren und korrigieren zu müssen. Es bleibt aber der Eindruck, dass die Behörden Äpfel mit Birnen vergleichen», warf Hans Lüthold vom Initiativkomitee dem Bezirksrat vor. Für die Initianten seien die Haltung des Bezirksrats und die Begründungen für dessen ablehnende Positionierung suspekt. Im wohlwollenden Sinn für den Bezirksrat wollten die Initianten mit der Pluralinitiative den Faden für einen zweiten Abschnitt der Südfahrt wieder aufnehmen: «Wir sind der Meinung, dass die bereits investierten Steuergelder und die Vorarbeiten nicht für die Katze sein sollten», so Lüthold weiter. Zudem würde der erste Teil kaum eine Entlastung vom Verkehr bringen und somit die Lebensqualität der Bewohner nicht steigern. Dass das Bedürfnis für einen zweiten Abschnitt vorhanden sei, würde schliesslich auch die Unterschriftensammlung zeigen.

Irreführende Botschaft

Laut Hans Lüthold wird in der Botschaft deutlich festgehalten, was die Pluralinitiative will. Doch auf Seite 11 unter dem Titel Verfahren herrsche ein Durcheinander: «Der Bezirksrat differenziert nicht zwischen den drei Verfahrensschritten. Er argumentiert, als wären wir bereits beim dritten Schritt, dem Abstimmungstraktandum.» Dem sei jedoch nicht so: «Bei der Initiative handelt es sich um eine allgemeine Anregung, und im ersten Schritt geht es nur um den konkreten Auftrag, die Planung für die Südfahrt Abschnitt 2 wieder aufzunehmen.» Erst nach der Annahme der Initiative würde in einem zweiten Schritt über den Planungskredit bestimmt und schliesslich käme der dritte Schritt, bei dem es um die Abstimmung zur Realisierung ginge. «Es geht darum, dass die Neuaufgabe realisiert werden kann, nicht um mehr», beteuerte Lüthold. Er befürchtet, dass

Bis zur Realisierung eines zweiten Abschnitts ist es noch ein weiter Weg



Am 9. Februar können die Stimmbürger von Küssnacht die Pluralinitiative *Südfahrt PLUS* an- oder ablehnen. Der Weg bis zur Realisierung eines zweiten Abschnitts ist, wie die Grafik zeigt, jedoch noch lang.

Grafik: rk

wenn kein Planungsauftrag initiiert würde, es in zwei Jahren ganz anders aussehen könnte. Er legte dem Bezirksrat nahe, die Botschaft zu korrigieren: «Sie ist irreführend und nicht sachgerecht.» Der Grundsatzentscheid, den der Bezirksrat getroffen hat, hätte vor dem Verfahren nie gemacht werden dürfen, da damit der Stimmbürger beeinträchtigt würde. Die Initianten hätten nach langen Diskussionen von einer Stimmrechtsbeschwerde aus Zeitgründen abgesehen. Grund für diese Diskussion war laut Lüthold, dass die Botschaft dem Stimmbürger suggeriere, dass er mit einem Ja zur Initiative eine Kreditverpflichtung eingehe.

Steuererhöhung unumgänglich

Die Rahmenbedingungen hätten sich seit der Abstimmung geändert, argumentierte Oliver Ebert, Präsident der

FDP Küssnacht. Dabei nahm er in erster Linie Bezug auf die degressiven Abschreibungssätze, die vom Kantonsrat festgehalten wurden. Zudem müsste der Kostenteiler mit dem Kanton neu verhandelt werden, da der Abschnitt 2 nicht mehr im Strassenbauprogramm des Kantons enthalten ist. Nicht zuletzt könne man für einen zweiten Abschnitt mit Volluntertunnelung nicht auf die geologischen Gutachten zurückgreifen und die Kosten können nicht genau abgeschätzt werden. «Aus Sicht der FDP macht eine erneute Planung absolut keinen Sinn, weil sich der Bezirk diese Investition unter den aktuellen Rahmenbedingungen schlicht und ergreifend nicht leisten kann», so Ebert. Er rechnete vor, was eine Annahme der Initiative kosten würde. «Aufgrund dieser Fakten, aufgrund der aktuellen Rechnung und aufgrund der

Aussichten bis 2017 geht die FDP, genauso wie der Bezirksrat, von einer unumgänglichen Steuererhöhung im Zusammenhang mit der Realisierung des zweiten Abschnitts aus.»

CVP klar für Initiative

Etwas anders sieht es die CVP Küssnacht. Für Mathias Bachmann, Präsident der CVP Küssnacht, ist es wichtig, dass erörtert wird, weshalb der zweite Abschnitt 2012 vom Stimmvolk bachab geschickt wurde: «Wollten die Bürger tatsächlich eine Tunnelierung oder war der zweite Abschnitt einfach zu teuer? Es sind viele Fragen offen. Die Initiative gibt uns die Möglichkeit, diese Fragen zu beantworten.» Auch wisse man nach den Abklärungen zudem, wie viel eine Volluntertunnelung kosten würde. «Sonst stehen wir in 10 bis 20 Jahren wieder genau da, wo wir jetzt stehen.» Auch Kantonsrat Armin Camenzind ist überzeugt, dass die Südfahrt für Küssnacht wichtig ist: «Es braucht einen ersten und einen zweiten Abschnitt.» Dank der Pluralinitiative bestünde die Chance, dass das Wurzelwerk, das mit der Realisierung des ersten Abschnitts gepflanzt wurde, weiter wachsen kann. «Die vielen Initiativunterschriften sprechen eine deutliche Sprache. Ich verstehe nicht, weshalb der Bezirksrat die Initiative zur Ablehnung empfiehlt.» Camenzind setzte sich für die Initiative ein und meinte: «Die Initiative muss an die Urne und sie muss an der Urne ein klares Ja und Unterstützung erhalten! Sonst wird der zweite Abschnitt von der Bildfläche verschwinden.»

Enttäuscht über die Ablehnung

«Mir wären fast die Tränen gekommen, als ich die Worte von Oliver Ebert gehört habe. Was hätten wir gemacht, wenn die zweite Etappe angenommen worden wäre? Dann hätten wir jetzt ein finanzielles Fiasko», findet Urs Baumberger, Mitinitiant der Pluralinitiative *Südfahrt PLUS*. Er habe Mühe, wenn junge Leute alles am Geld aufhängen würden. «Wir wollten für den Bezirksrat eine goldene Brücke bauen, damit man einen Weg findet für eine zweite Etappe. Ich bin sehr enttäuscht über diese Ablehnung», erklärt Baumberger weiter. Der alt Bezirksamman nahm Bezug auf seine Amtszeit und wie er 1992 eine Steuererhöhung durchgebracht hatte und seither die Steuern nur noch gesenkt wurden: «Wir sind privilegiert

«Wir sind privilegiert und auf Rosen gebettet. Wir könnten auch etwas höhere Steuern verkraften und den vielen Zuzüglern ein paar Batzeli mehr abverlangen.»

Urs Baumberger, Mitinitiant der Pluralinitiative *Südfahrt PLUS*

und auf Rosen gebettet. Wir könnten auch etwas höhere Steuern verkraften und den vielen Zuzüglern ein paar Batzeli mehr abverlangen. Ich rege mich manchmal auf über diese elenden Steuerdiskussionen in Küssnacht.»

Kostenvorwand als Ausrede

Als letzter Sprecher zur Pluralinitiative trat Kaspar Gisler nach vorne. Er war 2012 in der Gruppe IG gedeckter Südfahrt und ist als direkter Anstösser vom Abschnitt 2 betroffen. Gisler meinte, er habe kein Verständnis, wenn man sagt, man könne die Untertunnelung nicht zahlen: «Je mehr Druck wir gemacht haben, desto höher ging das Barometer. Zuletzt haben die Behörden den Joker Lüftung gebracht. Ich habe schon gedacht, diese Lüftung koste Milliarden. Ich sehe den Kostenvorwand als eine faule Ausrede.» Er verglich die Kosten mit denjenigen des Projekts Lungern. Zuletzt hob er zwei gute Taten des vergangenen Jahres hervor. Die eine sei gewesen, dass der Bezirksrat am Bezirksamman Anfang Jahr meinte, man wolle vermehrt das Gespräch mit der Bevölkerung suchen. Gisler merkte an: «Schade, dass dieser Vorsatz nicht früher gefasst wurde.» Die zweite Tat sei gewesen, dass ein einziger Bezirksrat die Pluralinitiative unterschrieben habe. «Es war dies Emil Looser. Im Frühling sind Wahlen und es wäre gut, wenn jemand vor den Karren gespannt wird, der gleich tickt wie das Volk», schlug Gisler die Werbetrommel für den möglichen Bezirksamman-Kandidaten. Damit war die Diskussion beendet und die Pluralinitiative *Südfahrt Plus* wurde an die Urne überwiesen.

Interview

Fischli: «Bezirksrat will das Projekt nicht totschiessen»

Der Bezirksrat musste an der Bezirksgemeinde einige Kritik an seiner Botschaft zur Pluralinitiative *Südfahrt PLUS* einstecken, reagierte darauf aber nicht. Säckelmeister Hansheini Fischli nimmt nun Stellung.

Interview von Fabian Duss

Das Initiativkomitee wirft dem Bezirksrat vor, finanzpolitische Überlegungen zu früh und zu laut anzustellen und dadurch die Stimmberechtigten zu beeinflussen. Können Sie sich dazu äussern? Hansheini Fischli: Der Bezirksrat ist schon gesetzlich dazu verpflichtet, finanzpolitische Überlegungen für die Zukunft zu machen. Gemäss dem Gesetz über den Finanzhaushalt der Bezirke und Gemeinden ist jährlich ein

Finanzplan zu erstellen, der den Vorschlag um drei anschliessende Jahre ergänzt. Aus der Botschaft zum Vorschlag 2014 ist ersichtlich, welche Investitionen bis 2017 anstehen und wie sich die Schulden entwickeln. Daraus und zusammen mit der Investitionsrechnung sowie der Prognose für die laufende Rechnung lässt sich unschwer feststellen, dass bis 2017 jährlich Defizite resultieren und die Schulden im gleichen Zeitraum auf über 50 Mio. Franken ansteigen werden.

Die mittelfristige Planung der Finanzen erfolgt unabhängig von der *Südfahrt PLUS* und keineswegs mit dem Ziel, die Stimmberechtigten einseitig zu beeinflussen. Diese haben aber einen Anspruch darauf, über alle nötigen Informationen zu verfügen, um sich eine Meinung über ein weiteres Grossprojekt zu bilden, das den Initianten mit der *Südfahrt PLUS* vorschwebt.

In der Botschaft spricht der Bezirksrat von einer zwingenden Steuererhöhung. Manche Leute sehen das als Totschlagargument. Hätte der Bezirksrat diesbezüglich etwas vorsichtiger kommunizieren sollen?

Es geht nicht um die Frage, ob der Bezirksrat mutig oder vorsichtig kommuniziert, sondern darum, dass er transparent und vollständig informiert. Die finanzielle Ausgangslage des Bezirks hat sich seit der Abstimmung über die *Südfahrt* markant verändert. Es wurde über zwei weitere Grossprojekte abgestimmt (WERK und Alters- und Pflegeheim Sunnehof), die Abschreibungen müssen statt linear und mit 2,5 Prozent weiterhin degressiv und mit 8 Prozent erfolgen, die bevorstehende Revision des kantonalen Steuergesetzes wird voraussichtlich zu bedeutenden Ertragsausfällen führen und die Einnahmen aus den Bezirks-



«Wir sind verpflichtet, die finanziellen Auswirkungen aufzuzeigen.»

Hansheini Fischli
Säckelmeister

direkten Einfluss auf die Tragbarkeit von bereits beschlossenen und vor allem von zukünftigen Investitionen. Der Bezirksrat hat nicht die Absicht, ein Projekt *totschiessen*, aber die Pflicht, die finanziellen Auswirkungen aufzuzeigen. Aufgrund der veränderten finanziellen Situation muss davon ausgegangen werden, dass ein weiteres Grossprojekt wie die *Südfahrt PLUS* auch mit Steuererhöhungen finanziert werden müsste.

Hans Lüthold forderte gestern den Bezirksrat auf, die Botschaft zu korrigieren und einen entsprechenden Flyer an alle Haushalte zu verschicken. Erwägt der Bezirksrat eine solche Korrektur?

Über die Forderung von Herrn Lüthold wird der Bezirksrat zu gegebener Zeit beraten. Aus meiner Sicht besteht aber kein Anlass, die Botschaft zu korrigieren.

steuern fallen tiefer aus als in den Boom-Jahren 2010 und 2011. Diese veränderten Faktoren haben einen